

# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 168

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.  
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—  
monatlich M. 27.—

Halver

Donnerstag, den 20. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite  
80 Pfg., auswärts 1 M., im Kleinformat 1 mm Höhe  
und 90 mm Breite 3.— M.  
Offerten-Belegung 3.— M.

22. Jahrgang

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die deutsche Regierung hat den Alliierten in einer Note mitgeteilt, daß sie die Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren nicht mehr leisten kann.

\* Die Verhandlungen zwischen den Parteiführern im Reichstage streben eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mittelparteien und einen großen Block der Mitte an.

\* Die Regierungsparteien des Reichstages haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Reichsregierung für Maßnahmen zum Schutze der Republik einen Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

\* Der Sozialdemokratische Parteivorstand hat den nächsten Parteitag auf Sonntag, den 17. September nach Augsburg einberufen.

\* Das allrussische Zentralerekutivkomitee hat eine grundlegende Neuordnung des russischen Privateigentumsrechtes beschlossen.

\* Das Garantiekomitee wird in seinem Bericht den Standpunkt vertreten, daß die finanzielle Notlage Deutschlands nicht von der deutschen Regierung allein verschuldet sei.

\* In der Schlußsitzung des Reichstages wurde das Gesetz zum Schutze der Republik mit einer Mehrheit von 303 gegen 102 Stimmen angenommen.

\* Die Rathenau-Mörder wurden durch holländische Kriminalbeamte auf Burg Saaleck bei Bad Hoesen ermittelt. Sie haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen.

\* Die Unwetter in ganz Deutschland waren mit Schneefällen im Schwarzwald, schweren Stürmen an der Ostsee und vielen Störungen der Fernsprecheinrichtungen verbunden.

\* Der Völkerbundsrat beschloß, Deutschland zur Entsendung eines Vertreters in die Kommission zur Betämpfung des Mädchenhandels aufzufordern.

\* In England bestehen schwere Bedenken gegen die weitgehenden Forderungen, die Frankreich in der Reparationskommission gegen Deutschland durchsetzen will.

### Reichstagsferien.

Von einem in der Mitte stehenden Politiker erhalten wir folgende Ausführungen über den einseitigen Abschluß der Reichstagsarbeiten und der Beilegung der innerpolitischen Krisis:

Sagt sich es so aus, als sollte die Reichstagsession diesmal überhaupt nicht zu Ende gehen. Wohl ist es auch in früheren Zeiten, als der Reichstag noch nicht der eigentliche Souverän des deutschen Volkes war, vorgekommen, daß er bis tief in den Hochsommer hinein zusammenblieb und wichtige Staatsaufgaben zu bewältigen hatte. Dann haben sich aber zwischen die Wochen, in denen gearbeitet wurde, immer wieder Wochen und Monate, in denen die Volksvertretung sich von den gebannten Anstrengungen wieder erholen konnte, während man diesmal eigentlich, von geringfügigen Feiertagspausen abgesehen, fast ununterbrochen viele Monate hindurch zusammenbleiben mußte. Dementsprechend ist auch ein ungeheures Material an Gesetzen, Verordnungen und Verträgen erledigt worden. Aber der Reichstag sieht sich bei aller Abneigung gegen die unaufhörliche Gesetzfabrikation doch öfter als ihm lieb ist der Verpflichtung ausgesetzt, die Kasse der Gesetzgebung immer wieder in die Hand zu nehmen, weil auch auf diesem Gebiete eine Zwangsläufigkeit herrscht, gegen die leider kein Kraut gewachsen ist. Sei es, daß es sich um Fragen der inneren Ordnung handelt, sei es um Probleme der auswärtigen Politik, in denen wir ganz und gar von dem überstarken Willen unserer Vertragsgegner abhängig sind. Dort sind es namentlich Fragen der Wirtschaftsgesetzgebung, die unaufhörlich wieder aufgerollt und wieder neu in Angriff genommen werden müssen, hier die Auswirkung der sogenannten Friedensverträge, mit der wir uns noch nach Jahren und Jahrzehnten werden herumschlagen müssen.

In allem Wirrwarr dieser schier unerschöpflichen Gesetzgebungsarbeit den roten Faden nicht zu verlieren, ist nachgerade nur noch ganz überlegenen Sachkennern möglich. Das führt notwendig dazu, die Last der Bürokratie ins Unendliche zu vermehren, statt daß wir wirklich einmal frei würden von einem Übermaß an behördlicher Verwaltungsaktivität, deren Kostspieligkeit auch angesichts unserer finanziellen Lage gar nicht mehr zu veranlassen ist. So kommt es, daß die sozusagen fruchtbare Tätigkeit des Reichstages, d. h. diejenige, die auf positive Arbeit gerichtet ist, kaum noch nach Gebühr gewürdigt werden kann, daß vielmehr die allgemeine Aufmerksamkeit sich lediglich auf die verhängnisvollen „Großen Tage“ lenkt, die durch weitverbreitete Reden, durch grimmigen Hader unter den Parteien, durch scharfe Zusammenstöße zwischen Regierung und Opposition gekennzeichnet werden. An solchen Schaustellungen hat es in den Tagen des verflochtenen Abschlusses des Reichstages gewiß nicht gefehlt; vom Erzberger bis zum Rathenau-Mord reichte sich eine Redeschlacht an die andere, und wenn schon einmal die Gemüter sich einige Zeit lang beruhigen zu wollen schienen, so war immer bald wieder für neue Aufregung und damit für neue Entfremdung unter den Parteien, die doch allesamt schließlich nur Kinder eines Volkes sind, gesorgt. Selten nur fand das ganze Haus sich an Tagen großer nationaler Trauer zu geschlossenen Kundgebungen zusammen, und wenn schon damit nach außen und nach innen ein nennenswerter Eindruck erzielt wurde, so dauerte es immer nur wenige Tage, bis der leidige Dauerzustand des Zanfes und der Selbstzerfleischung wiederhergestellt war. Mehr als einmal drohten die aufgepeitschten Leidenschaften so verfahrenen Verhältnisse zu schaffen, daß nur noch der Weg einer Reichstagsauflösung gangbar erschien. In allen diesen Fällen war es insbesondere dem vermittelnden Eingreifen des Reichspräsidenten zu danken, daß man sich schließlich doch wieder zu einigermaßen friedfertigen Schritten zusammensand. Noch nie wohl ist während einer Reichstagsession so viel und so oft von Konflikten gesprochen worden, noch nie sah es um die geordnete Aufrechterhaltung der Geschäftsführung so schlimm bestellt

aus wie in diesem Winter-Sommer 1921/1922, noch nie auch hat der Reichstag jemals früher so furchtbare Stürme erlebt wie in diesen Tagen der Sommer Sonnenwende, als die Mordtat an Rathenau das ganze Gefüge der Republik bis auf den Grund erbeben ließ.

Aber auch diesmal ist man sich schließlich um des lieben Friedens willen — was man heutzutage in Deutschland eben noch „Frieden“ nennen kann — von beiden Seiten einigermaßen entgegengelassen, sodaß nun wenigstens noch ein kampfloser Abschluß des ganzen Tagungsabschnittes erreicht werden konnte. Übermüdet, abgebeht und ruhebedürftig bis zum äußersten gehen die Reichsboten auseinander; ihnen wie dem ganzen Volke ist kein dringender Wunsch auf den Weg zu geben, als daß die drei Monate Arbeitsruhe, die sie sich vorgenommen haben, auch bis zum letzten Tage ausgeschöpft werden kann. Von außen her wird es an neuen schweren Belastungsproben für den Zusammenhalt des Reiches in dieser Zeit gewiß nicht fehlen. Möchten dafür wenigstens im Innern die Geister des Friedens und der Versöhnlichkeit wieder die Oberhand gewinnen!

### Das Zentrum als „Verfassungspartei“.

Sehr bemerkenswerte Ausführungen über die politische Rolle, die die Zentrumsgruppe künftig übernehmen will, macht der Arbeitsminister Brauns in der Germania. Er verweist auf die vor drei Wochen gehaltenen Beschlüsse des Reichsausschusses der Zentrumsgruppe, den grundsätzlich stets vertretenen politischen Charakter der Partei bei den nächsten Wahlen, auch nach außen hin, klar und unmissverständlich in die Erscheinung treten zu lassen. Zu dem Zwecke soll eine größere Zahl nichtkatholischer Kandidaten bei den nächsten Wahlen an sicherer Stelle aufgestellt werden. Die Presse der Partei soll fernerhin in ihrem politischen Teil ausschließlich politisch und nicht konfessionell gehalten sein. Die Zentrumsgruppe will eine deutsche Verfassungspolitiker sein, die weder vor den Grenzen einer Konfession, noch einer Klasse, noch eines Standes, noch eines Landes halt macht.

Zur bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft macht die Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz folgende Bemerkungen: „Ist der Gedanke an sich durchaus gesund, so wird man sich vor Überhebungen und Übertreibungen doch hüten wollen. Eins steht jedoch heute bereits fest, daß die Selbstständigkeit der Fraktionen im vollen Umfange gewahrt bleibt. Es handelt sich nicht um eine programmatische, sondern um eine taktische Annäherung.“

Der Vorwärts und die Freiheit nehmen zur sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft heile in dem Sinne Stellung, daß künftig an die Stelle der Arbeitsgemeinschaft die Fraktionsgemeinschaft, die Organisationsgemeinschaft treten müsse, letztere die Wiederherstellung einer einigen und einheitlichen Sozialdemokratie.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

#### Der Ausbau der Reichseisenbahnen.

Nach Zeitungsnachrichten sollte in den Kreisen der alliierten Regierungen die Ansicht herrschen, daß der gegenwärtige Fehlbetrag der Reichsbahn um mindestens neun Milliarden Mark verringert werden könnte, wenn ein Teil des geplanten Ausbaues des Eisenbahnnetzes als überflüssig bezeichnet und vom Programm gestrichen würde. Auf eine diesbezügliche Anfrage hat der Reichsverkehrsminister geantwortet, daß die Regierung den beteiligten Stellen der alliierten Regierungen gegenüber nachdrücklich betont hat, daß die Anforderungen des außerordentlichen Haushalts für die Ausgestaltung der Reichsbahnen mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert nur zur Deckung des allerdringlichsten Bedarfs hinreichen und hinter den Aufwendungen der Vorkriegszeit um ein Mehrfaches zurückbleiben.

#### Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz in Warschau wurde am Sonnabend eröffnet. Dabei betonte der Vertreter Polens: Die polnische Regierung erachtet die gegenwärtigen Verhandlungen für ein neues Glied in der Kette ihrer beständigen Friedensbestrebungen. In seiner Antwort betonte Ministerdirektor von Stohmann, daß die deutsche Regierung von demselben Wunsch nach Verständigung getragen werde wie die polnische Regierung. Es unterliege keinem Zweifel, daß bei beiderseitigem guten Willen eine endgültige Vereinbarung erreicht werde, die die Grundlage schaffen werde zu einer geistlichen Entwicklung beider Länder.

#### Waffenverbot in Oberschlesien.

Eine Verordnung des Regierungspräsidenten von Oppeln fordert die Bevölkerung auf, alle Militärwaffen und Militärmunition freiwillig bis zum 15. August abzuliefern. Für den Zeitverlust und die Transportkosten, die durch die Ablieferung entstehen, wird Entschädigung gezahlt. Nach dem 15. August wird mit Zwangsmaßnahmen gegen alle diejenigen vorgegangen, die sich in unbefugtem Besitz von Militärwaffen befinden. Die Jagdscheinhaber können ihre Jagdwaffen behalten. Der Selbstschutz ist bekanntlich aufgelöst.

#### Die gerechte Forderung des Rheinlandes.

Die Tagung des rheinischen Provinziallandtages in Düsseldorf wurde vom Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Jarres, mit einer Ansprache geschlossen, in der er die einmütige Auffassung aller Parteien des Hauses betonte, daß die Rheinlande von der wachsenden Einsicht der Völker eine baldige Änderung des Versailler Vertrages erwarten und insbesondere zuversichtlich hoffen, daß das Unrecht der „Sanktionen“ baldmöglich aufgehoben werde. Ferner hofften die Rheinlande, daß es der Reichs- und der Staatsregierung gelingen werde, die Forderung des Volksterritoriums nicht zur Ausführung kommen zu lassen, wonach bestehende Bahnanlagen zerstört und Bahnpläne unterdrückt werden sollen, die für das rheinische Wirtschaftsleben dringend notwendig seien.

#### Die Polizeibeamten zum Schutzgesetz.

Auf der vierten Tagung der Polizeibeamten Deutschlands in Stuttgart wurde zu den Gesetzentwürfen zum Schutze der Republik eine Entschließung einstimmig angenommen, wonach der Reichsverbandstag den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik billigt und weiter erklärt wird, daß eine verfassungstreue Polizeibeamtenschaft gerade in der jetzigen Lage ihre eigenen Interessen hinter die des Volkes zurückstellen und solche notwendigen gesetzlichen Maßnahmen billigen müsse.

#### Neue Feuerungsmaßnahmen für die Beamten.

Während der Montag-Sitzung des Beamtenausschusses des Reichstages gab ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Erklärung ab: daß der Reichsfinanzminister sich nicht der Notwendigkeit verschließe, in eine erneute Feuerungsaktion einzutreten und daß der Reichsfinanzminister noch in dieser Woche in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen eintreten werde.

#### Die Not der Deutschen in Polen.

Im Widerspruch zu dem Völkerbundratsbeschuß vom 17. Mai beginnen die Ansiedlungsämter in Neupolen gegen die Ansiedler ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Überall werden im Verwaltungswege Nachfolger oder Zwangsverwalter eingesetzt und den Ansiedlern jede Verfügung über ihre Wirtschaften entzogen. Trotz der Anweisung, gerichtliche Maßnahmen zu unterlassen, sind über 100 sofort vollstreckbare Räumungsurteile ergangen. Exmissionen haben begonnen.

#### Frankreich.

× Eine Kundgebung für den Frieden wurde am Sonntag in Paris veranstaltet. Es beteiligten sich Vertreter der englischen und der belgischen Arbeiterpartei. Der französische Abgeordnete Sembat sagte: Das Schicksal Europas spielt sich im Augenblick in Deutschland ab: Was sich in Frankreich, in England, in Rußland ereignet, ist sehr wichtig, aber was sich in Deutschland ereignet, ist entscheidend. Es hängt zum guten Teil von uns ab, ob dort der Friede siegt oder untergeht. Der englische Abgeordnete Ballhead erklärte, die unabhängige Arbeiterpartei Englands verlange die Revision des Versailler Vertrages. Dieser Vertrag mache sowohl aus den Siegern wie aus den Besiegten ruinierte Völker.

#### Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Vernehmen nach steht die Ernennung des früheren Reichsaussenministers Dr. Walter Simon zum Reichsgerichtspräsidenten an Stelle des kürzlich verstorbenen Präsidenten Delbrück unmittelbar bevor.

Danzig. Die in der polnischen Presse verbreitete Mitteilung aus Paris, wonach der Danziger Senat in Paris gegen den französischen polnischen Vertrag, auf Grund dessen Danzig polnische Flottenstützpunkt werden soll, einen scharfen Protest erhoben habe, wird als unzutreffend bezeichnet, da ein solcher Plan gar nicht erwogen werde.

Paris. Anstelle des verstorbenen Senators Kaisan ist Louis Barthou mit großer Mehrheit in den Senat gewählt worden.

Paris. Nach Blättermeldungen soll die Lage in Palästina beruhigend sein. Es drohen Feindseligkeiten zwischen Juden und Arabern. Die von den Engländern zurückgelassenen Waffen seien unter den Arabern verteilt worden.

London. In über 80 Städten Großbritanniens werden gegen Ende dieses Monats aus Anlaß des Jahrestages des Kriegsausbruchs Kundgebungen gegen den Krieg veranstaltet werden. In London werden am 29. Juli, nachmittags, große Kundgebungen stattfinden.

London. In Eimerid finden heftige Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Aufständischen statt. Zwischen Sligo und Aghone gerieten am Freitag Regierungstruppen in einen Hinterhalt. Sie verloren sieben Tote und sieben Verwundete.

Moskau. Das Kabinett Meserowitsch hat seine Demission überreicht, die angenommen worden ist.

Königsberg i. Pr. Der frühere konservative Reichstags- und Landtagsabgeordnete Landschaftsdirektor Hermann Rehbel ist am 15. Juli auf seinem Hausgrundgut Saluslen in Ostpreußen im Alter von 54 Jahren gestorben.

### Deutscher Reichstag.

(253. Sitzung.)

OB. Berlin, 17. Juli.

Das Gesetz über die Pflicht der Beamten zum Schutze der Republik wurde in der Fassung des Ausschusses angenommen. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz wird ebenfalls in zweiter Lesung angenommen.

In der heutigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf über die Befreiung des Notgeldes in allen drei Lesungen angenommen. Danach soll alles Notgeld binnen drei Monaten vom Inverkehrtreten des Gesetzes eingelöst werden.

Abg. Dr. Mumm (Deutschnatl.) ergriff bei dieser Gelegenheit die Regierung um schnelle Ausgabe von Notgeldstücken zu 50 und 100 Mark. Darauf kam man zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfes gegen die

#### Notlage der Presse.

Der Ausschuß hat in der Regierungsvorlage das Mindestmaß dessen erfaßt, was zur Unterstützung der Presse geschehen kann. Der Ausschuß will die gesamte Ausgabe mit einer Sonderabgabe von 1½ pro Mille zugunsten der Presse belassen. Weiter wurde gewünscht, daß nicht nur die politische Tagespresse, sondern auch die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften unterstützt werden. Die Regierung hat die Berücksichtigung dieser Wünsche in den Ausführungsbestimmungen zugesagt. Grundförmlich wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Rückvergütung an die Zeitungen nach dem Papierverbrauch das für Interatendruck verbrauchte Papier nicht berücksichtigt werden solle. Die Geltungsdauer des Gesetzes hat der Ausschuß vom 31. Dezember 1923 auf den 31. März 1924 verlängert.

Reichswirtschaftsminister Schmidt hielt es für zweifelhaft, ob das Gesetz die von der Presse erhofften günstigen finanziellen Wirkungen haben werde. Leider seien in den letzten Monaten viele Zeitungen eingegangen und andere in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wir können, so bemerkte der Minister, die Presse nicht der struppelosen Preisgestaltung der Papierindustrie preisgeben. Für einen demokratischen Staat ist eine unabhängige Presse eine Notwendigkeit. Die bebrängte

neuen Änderungsanträge mit einer Mehrheit, die aus den beiden sozialistischen Fraktionen, dem Zentrum und den Demokraten bestand. Für die Beschließung weiterer Lesungen stimmten auch die Deutsche Volkspartei. Unter den Änderungen ist hervorzuheben, daß in den Kreis derjenigen, die sich nicht ohne weiteres strafbar machen, wenn sie von Plänen gegen die Republik nicht sofort Kenntnis geben, neben den Eltern, Kindern, Ehegatten auch die Geschwister aufgenommen werden. Hingefügt wurde aber, daß diese Strafbefreiung nicht eintritt, wenn die Unterlassung der Anzeige eine Tötung oder einen Tötungsversuch zur Folge gehabt hat. Ferner wurde statt „verfassungsmäßig republikanische Staatsform“ „verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform“ gesetzt. Hierauf wurde das Schlußgesetz in namentlicher Schlußabstimmung mit 303 gegen 102 bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Dagegen stimmten außer den Deutschnationalen, den Kommunisten und den beiden bayerischen Fraktionen einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Der Reichsernährungsminister Fehr stimmte im Gegensatz zum bayerischen Bauernbund, dem er angehört, mit „Ja“. Präsident Loebe stellte fest, daß die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht ist. Nachträglich wurde hierauf die Einsetzung des Untersuchungsausschusses für die gegen die Reichswehr erhobenen Anschuldigungen mit der verfassungsmäßig notwendigen Mehrheit beschloffen.

#### Amnestie- und Beamtengefeß angenommen.

Das Amnestiegesetz wurde ohne Aussprache in dritter Beratung angenommen. Das Gesetz über die Pflicht der Beamten zum Schutze der Republik wurde mit einigen Änderungen in der namentlichen Schlußabstimmung mit der verfassungsmäßig notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Dafür wurden 278, dagegen 137 Stimmen abgegeben, bei einer Stimmenthaltung. Mit den Deutschnationalen, den Kommunisten und der bayerischen Volkspartei stimmten vier Abgeordnete der Deutschen Volkspartei gegen die Vorlage.

#### Reichskriminal-Polizeigesetz.

Abg. Simon-Franken (N. Soz.) verwies zur Begründung der Notwendigkeit des Gesetzes auf einen Zeitungsbericht, wonach die beiden Rathenau-Mörder vor ihrer Entdeckung zur Fälschung mit Münchener Helfern Zeit gehabt hätten, die sie mit falschen Pässen über die tschechische Grenze schaffen wollten. Abg. Hamm (Dem.): Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß eine durch nichts bewiesene Zeitungsnotiz zur politischen Brunnengurgelung benutzt wird. Das Reichskriminal-Polizeigesetz wurde hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Zur dritten Beratung der Vorlage über die Bewilligung von 7 Millionen zum Schutze der Republik erklärte Abg. Stöcker (Komm.), die jetzt beschlossenen Gesetze zum Schutze der Republik seien im Gegensatz zu den ersten Regierungserklärungen nicht zum Kampfinstrument gegen rechts geworden, sondern die revolutionäre Arbeiterkraft werde dadurch bedroht. Bayern, der Herd der monarchistischen Mordorganisationen, bleibt unangefastet. Die kommunistische Partei ruft die Arbeiterkraft zum energischen Kampfe gegen die reaktionären Mächte auf. Ohne weitere Aussprache wurde alsdann auch diese Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Nun sollte ein Antrag der Mittelparteien, der nachträglich eingebracht wurde, und der sich auf Änderung des Strafgesetzbuches (Maßnahmen gegen Sprengung von Versammlungen) bezog, zur ersten Beratung gelangen. Dilem Beginnen widersprachen die Kommunisten.

Präsident Loebe schloß darauf vor, auf die Tagesordnung einer neuen Sitzung diesen Antrag zu setzen. Auch das wurde durch eine hinreichend unterstützte Einsprache der Kommunisten unmöglich gemacht. Darauf schloß Präsident Loebe die Sitzung und betraute eine neue Sitzung auf später an.

## Rechtsbloß, Linksbloß — Bloß der Mitte.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter).

m. Berlin, 17. Juli.

Wenn man jetzt täglich Erörterungen über einen Rechtsbloß und einen Linksbloß hört, die angeblich im Reichstag vorbereitet werden, so muß man von vornherein auf die Übertreibung und auf die gefährliche Entfesselung aufmerksam machen, die bei einer solchen Ausdrucksweise unvermeidlich wird. Kein Mensch denkt daran, durch die Zusammenfassung aller oder doch der meisten nichtsozialistischen Parteien gegenüber der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft eine Grenzlinie zwischen Bürgern und Arbeitern zu ziehen. Das könnte äußerst verhängnisvoll werden und würde nur dazu führen, daß im Reichstage die gleichen unhaltbaren Zustände einreißten, wie sie beispielsweise im sächsischen und im braunschweigischen Landtag bestehen. Dort ist eine feste Mehrheitsbildung überhaupt nicht mehr möglich, weil die Opposition und die Regierungsguppe annähernd gleich stark sind. Sehr bemerkenswert sind in dieser Hinsicht die Worte des demokratischen Führers, Abg. Petersen, der über den Plan der beiden Arbeitsgemeinschaften u. a. schreibt: „Nur wenn beide Arbeitsgemeinschaften der Mitte bereit sind, miteinander die Koalition der Mitte zwecks Fortführung der bisherigen Politik zu bilden, liegt diese Entwicklung im Interesse unseres Vaterlandes nach innen und nach außen. Das ist die Gerede von einem Bloß der Bürgerlichen gegen den Bloß der Sozialisten im Sinne früherer Zeit kann nur der aufstöhnen, der die Dinge nicht klar sieht oder der sie aus agitatorischen Gründen verdrängen will.“

Der vergangene Sonntag brachte eine Besprechung der Parteiführer vom Zentrum, von den Demokraten und der Volkspartei über die Frage einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Der Montag gab den Fraktionen Gelegenheit zur Beschlußfassung. Beim Zentrum, das die ganze Anregung gegeben hatte, war ein Beschluß nicht nötig. Die Demokraten stellten sich fast einstimmig auf den Boden dieser Idee und die Volkspartei erklärte sich zu Verhandlungen bereit, wenn auch die bayerische Volkspartei dazu herangezogen wurde. Ob das ganze Projekt vor den Ferien noch praktisch in die Erscheinung treten kann, bleibt dahingestellt. Auch bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen gab es eingehende Beratungen. Manche Kreise der Linken wollten als Antwort auf den bürgerlichen Plan nunmehr die sozialistische Arbeitsgemeinschaft zu einer Fraktionsgemeinschaft ausbauen. Das haben jedoch die Sozialdemokraten abgelehnt. Ebenso erklärten sie sich erneut gegen eine Erweiterung der Regierung nach rechts, und da sie gleichzeitig den Unabhängigen den Rat gaben, jetzt nicht auf der Ernennung eines Ministers aus ihren Reihen zu bestehen, sondern die ganze Regierungsfrage bis auf den Herbst zu vertagen, so rechnete man heute im Reichstage, obwohl noch keineswegs alle Klippen umsegelt waren, doch mit einem glatten Einlaufen in den von allen Seiten erwünschten Ferienhafen, ohne erst noch neue Kriessürme zu übersehen. Die Arbeitsgemeinschaften, die bei den bürgerlichen und den sozialistischen Parteien ein engeres Hand-in-Hand-Gehen ermöglichen sollen, würden sich, wenn sie dann zum Herbst vielleicht in die Praxis übertragen werden, nur auf die Tätigkeit im Reichstage, nicht aber auf die Parteien im Lande erstrecken. Ihren Sinn können sie jedoch nur erfüllen, wenn sie eine weitergehende Einigung vorbereiten und nicht etwa alte Trennungslinien vertiefen. Eine Mehrheit für sich allein hat keine von beiden, und schon dadurch sind sie darauf angewiesen, statt zweier getrennter Gruppen mit der Zeit zu einem großen Bloß der Mitte zusammenzuwachsen.

## Selbstmord der Rathenau-Mörder.

Auf Burg Saaleck entdeckt.

Die beiden flüchtigen Mörder des Ministers Dr. Rathenau, der Ingenieur Hermann Fischer und der frühere Oberleutnant zur See Erwin Kern, genannt Anauer, haben sich, ehe sie verhaftet werden konnten, selbst getötet.

Die Mittenläter waren Sonntagabend durch Kriminalbeamte auf der Burg Saaleck bei Bad Kösen ermittelt worden. Zwei an Burg Saaleck vorbeigekommene Ferientouristen meldeten, daß sie im Turm der Burg Licht bemerkt hätten und daß nach ihren Feststellungen sich dort die Mörder Rathenaus aufhalten müßten, obwohl der Schriftsteller Dr. Stein, der auf der Burg ein Einfiedlerleben führt, verweist sei. Kriminalbeamte aus Halle begaben sich sofort nach Bad Kösen und versuchten am Montag den Zutritt zu dem abgeschlossenen Turm zu erzwingen. Während Verstärkungen herbeigeholt wurden, erschienen die beiden Mörder auf der Balustrade vor dem Turm, winkten den an dem Turm Vorüberkommenden zu und brachten ein Hoch auf Ehrhardt aus. Als die Kriminalbeamten um 7 Uhr abends zurückkehrten und die Tür mit Angeln zertrümmert hatten, fanden sie die beiden Mörder mit Kopfschüssen tot auf. Beide trugen die bezeichnete Kleidung.

Wie weit der Schriftsteller Dr. Stein, der inzwischen festgenommen worden ist, mit den Mördern im Einverständnis war, bedarf noch der näheren Feststellung. Man darf aber als ziemlich sicher annehmen, daß Fischer und Kern in der Gegend von Kösen Mitwisser und Helfer gehabt haben. Nicht weit von Kösen liegt ja die malerische Rudelsburg, das alljährliche Ziel des Köseners S. O. (Seniorenkonvent der Korps) und Diebelsort für Veranstellungen nationalistischer Art. Die Burg Saaleck wird im Gegensatz zur Rudelsburg fast gar nicht besucht.

#### Geld und falsche Pässe aus München.

Interessant ist es, zu hören, warum die Täter gerade die Burg Saaleck als Zufluchtsstätte benutzten. Dazu weiß ein Berliner demokratisches Blatt folgendes zu berichten: Es ist festgestellt, daß Kern seinerzeit den Oberleutnant Dittmar aus dem Gefängnis befreit hatte. Damals spionierte er als Unterschlupf für ihn die Burg Saaleck aus, wo Dittmar sich dann auch längere Zeit verborgen hielt. Als Kern und Fischer, von der Polizei verfolgt, keinen Ausweg mehr wußten, dürfte Kern der Gedanke gekommen sein, nach Burg Saaleck zu fliehen.

Wäre die Entdeckung des Schlupfwinkels der Mörder nur einige Stunden später erfolgt, so wären diese wieder entflüht, denn sie hatten, wie festgestellt worden sein soll, bereits durch Telephon Fälschung mit München genommen, und von dort waren schon mehrere Helfer mit Geldmitteln und falschen Pässen nach Burg Saaleck unterwegs. Die Helfer sollten Kern und Fischer auch andere Kleidung bringen und sodann beide, aber getrennt, über die tschechoslowakische Grenze bringen.

#### Wer erhält die Belohnung?

Von großem Interesse dürfte die Frage nach der Verteilung der auf die Ergreifung der Mörder ausgesetzten Belohnung von 2 Millionen Mark sein. Wird die große Summe jetzt, wo die Mörder sich der irdischen Gerechtigkeit durch einen freiwilligen Tod entzogen haben, überhaupt noch zur Verteilung kommen? Sollte das der Fall sein, so würde die Billigkeit gebieten, daß wenigstens ein Teil des Geldes der halleischen Polizei zufiele. Aber es dürften sich noch viele andere „Anwärter“ in Frage kommen. Denn daß die Mörder überhaupt gestellt werden konnten, ist ja im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sich schließlich halb Mitteldeutschland an der großen Fahndungsaktion direkt oder indirekt beteiligte. Durch die planmäßige Aufklärung der Landbevölkerung, durch Verbreitung von Handzetteln mit den Bildern und dem Signalement der Gefuchten war es gelungen, die Spuren der flüchtigen aufzufinden und den Kreis um das gehegte Wild immer enger zu ziehen, bis es ins Garn gehen mußte.

## Neues Eigentumsrecht in Rußland.

Moskau, 17. Juli.

Den „Iswestija“ zufolge hat das Russische Zentral-Exekutivkomitee die nachstehende Verordnung über die grundlegenden Privateigentumsrechte beschloffen:

Allen Staatsbürgern, deren Rechte auf gesetzlichem Wege nicht beschränkt worden sind, wird das Recht eingeräumt, auf dem Territorium der R. S. F. S. R. und der verbündeten Sowjetrepubliken Handels- und Industrieunternehmen zu organisieren.

Allen Staatsbürgern, deren Rechte nicht beschränkt worden sind, sind folgende Eigentumsrechte und deren gesetzlicher Schutz zu gewähren:

Das Eigentumsrecht auf bis zum Erscheinen dieser Verordnung von den örtlichen Sowjets nicht municipalisierte Bauländereien in Städten und Dörfern, mit dem Recht der Veräußerung dieser Bauländereien und Übertragung des Pachtrechts an dem Grundstück an den Käufer. Auf Bauernhöfe ist die Übertragung des Pachtrechts nicht zulässig. Das Recht der Bebauung von Grundstücken in Stadt und Land nach vorhergehendem Abereinkommen mit den lokalen Regierungsorganen. Das Eigentumsrecht an Mobilien, die sich in Fabriken, Werkstätten, Handels- und Industrieunternehmen befinden, an Produktionsmitteln aller Art, landwirtschaftlichen Produkten und Industrieerzeugnissen, Waren, deren Privatumsatz durch gesetzliche Bestimmungen nicht verboten ist, Geldkapital, und häuslichen Bedarfsartikeln und Gegenständen zum persönlichen Gebrauch. Das Recht, die Sachgüter zu verpfänden oder mit Hypotheken zu belasten. Das Recht auf Erfindungen, das Autorenrecht, das Recht auf Warenzeichen, Industriemodelle und Zeichnungen in den vom Gesetz gezogenen Grenzen. Das gesetzliche und testamentarische Erbrecht für Ehefrauen und Nachkommen in direkter Linie auf eine Erbmasse, die einen Wert von 10.000 Goldrubel nicht übersteigt. Eine Ausnahme ist hier nur in Fällen gestattet, die durch ein besonderes Gesetz vorgesehen sind. Das Recht, Verträge, die vom Gesetz nicht verboten sind, abzuschließen.

Zivilrechtliche Streitigkeiten werden auf gerichtlichem Wege entschieden. Diese Verordnung ist nicht rückwirkend und gibt früheren Eigentümern, deren Besitz auf Grundlage des revolutionären Rechts vor Veröffentlichung dieser Verordnung enteignet worden ist, nicht das Recht, die Rückgabe ihres Eigentums zu fordern.

## Soziales und Provinziales.

Halber den 20. Juli 1922.

□ **Fahrpreiserhöhung zugunsten der öffentlichen Krankenpflege.** Einem Antrage des Zentralkomitees des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz stattgebend, hat der Reichsverkehrsminister Anweisung gegeben, daß die letzten Tarifbestimmungen über Fahrpreiserhöhung zugunsten der öffentlichen Krankenpflege auf das Pflegepersonal der Sanitätskolonnen und Pflegerschaften vom Roten Kreuz insoweit anzuwenden werden, als dieses die

Krankenpflege im Hauptberuf ausübt. Außerdem ist die Fahrpreiserhöhung zugunsten der öffentlichen Krankenpflege und der Magdalenenliste sowie für mittellose Kranke und andere hilfsbedürftige Personen auf die vierte Wagenklasse ausgedehnt worden.

—\* **Klassenlotterie.** Die Einlösungsrufe für Lose zur 2. Klasse der Staatlich Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie läuft ab am 19. Juli, abends 7 Uhr.

—\* **Bierpreiserhöhung um 50 Prozent** (1 Hektoliter 1200 Mark). Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, sieht sich der Schutzverband der norddeutschen Brauereien angesichts der außerordentlichen Steigerung der Rohstoffe, Löhne und Gespanntkosten gezwungen, den Bierpreis um 50 Prozent zu erhöhen. Dieser stellt sich dann für Gastwirte auf 1200 Mark für ein Hektoliter. Im Ausschank wird das Dreizehntel-Glas in einfacheren Gastwirtschaften ohne Kellner auf 8, in anderen Gastwirtschaften auf 9 Mk. zu stehen kommen.

—\* **Statistische Anmeldebescheine:** Die Eisenbahndirektion teilt der Handelskammer mit, daß von den Grenzzollämtern den Abfertigungsstellen täglich eine große Anzahl statistischer Anmeldebescheine zurückgegeben wird, die mangelhaft ausgefüllt sind. Die meisten Fehler bestehen darin, daß die einzelnen Spalten der Anmeldebescheine nicht richtig oder unvollständig ausgefüllt sind, oder daß sich die Angaben widersprechen. Weiter müssen die Anmeldebescheine vom Versender eigenhändig oder durch einen Beauftragten unterschrieben vollzogen sein, während bei vielen Scheinen lediglich ein Stempel angebracht oder der Firmennamen eingedruckt ist. Zur glatten Abwicklung des Verkehrs auf den Grenzbahnhöfen und im eigenen Interesse der Versender ist es erforderlich, daß die bestehenden Vorschriften beachtet werden. Die Güterabfertigungen haben strenge Anweisung, mangelhaft ausgefüllte Anmeldebescheine zurückzuweisen.

—\* Das Oberverwaltungsamt in Arnberg hat mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab die Ortslöhne neu festgesetzt. Sie betragen für männliche Arbeiter unter 16 Jahren 21.— Mk., für männliche Arbeiter im Alter von 16—21 Jahren 35.— Mk., für männliche Arbeiter über 21 Jahren 44.— Mk.; für weibliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren 17.— Mk., für weibliche Arbeiterinnen im Alter von 16—21 Jahren 23.— Mk. und für weibliche Arbeiterinnen über 21 Jahren 30.— Mk.

—\* **Mindestbedeckel für Bullen.** Auf Grund der §§ 7 und 8 der Polizeiverordnung für die Provinz Westfalen vom 30. Juli 1901 betr. Bullenführung wird hiermit bis auf weiteres das Mindestbedeckel für den ersten Sprung auf 70.— Mk. und für jeden weiteren Sprung auf 35.— Mk. festgesetzt.

**Meinerzhagen.** 17. Juli. In der letzten stattgefundenen Sitzung der Gemeindevertretung von Meinerzhagen, wurde unter dem Vorsitz des Amtmanns Wedder folgendes verhandelt und beschloffen: Zur Förderung des Wohnungsbau wurde beschloffen, den doppelten Betrag der staatlichen Abgabe als Gemeindeabgabe zu erheben. Die Uebernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft bis zur Höhe von 81.533 Mk. nebst Zinsen, Tilgung, Schäden und sonstigen Kosten für das von dem kommunalen Elektrizitätswerk „Märk“ in Hagen bei dem Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum aufgenommene Darlehen von 7 Millionen wurde zugestimmt. Von der Errichtung einer gemeindlichen öffentlichen Fernsprechstelle in Lengelscheid sah Vertretung ab. Die zur Beseitigung der Mängel an der Schule in Willershausen entstehenden Kosten wurden bewilligt. Nach dem Erlaß des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 22. März 1922 wird die Verteilung der Schulunterhaltungskosten für den Gesamtschulverband Neuenmühle gemäß § 9 Abs. 5 des Volksschulunterhaltungs-Gesetzes durch den Kreisausschuß erfolgen. Vertretung stimmte diesem Verfahren zu. Der Antrag des Postkassaführers Temme um käufliche Ueberlassung der Kantine am Wingenberg wurde zwecks Ortsbeschäftigung der Wegebaukommission überwiesen. Das Selektaschulgeld wurde vom 1. April für einheimische Schüler auf 120 Mk. und für auswärtige Schüler auf 250 Mk. jährlich erhöht. Der Schulhaushaltsplan des Schulverbandes Meinerzhagen für das Rechnungsjahr 1922 wurde durch beraten und in Einnahme und Ausgabe auf 393.825 Mk. festgesetzt. Der Antrag der Stadt Gummersbach um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Oberrealschule in Gummersbach mußte in Anbetracht der eigenen Finanznot der Gemeinde Meinerzhagen abgelehnt werden. In geheimer Sitzung Unterstützungssachen.

**Meinerzhagen.** 19. Juli. Massenkundigung im oberen Volmetal. Dienstag vormittag haben die Arbeiter in allen Fabriken des oberen Volmetals wegen Lohnforderungen ihre Kündigungen eingereicht.

## Führerlehrgang im Jugendwandern.

— Altena, 18. Juli 1922.

Zum 3. Male veranstaltete die Regierung zu Arnberg unter Mitwirkung des Zweigausschusses Sauerland für Deutsche Jugendherbergen auf der herrlichen Burg Altena einen Lehrgang für Wanderführer. Während an den beiden ersten Tagen in mehr als einem Dutzend Vorträgen theoretische Einführung in das Wesen des Wanderns, des Führens und der Jugendherbergen, endlich in das Gebiet der Heimatkunde stattfand, wurde am Sonntag, dem 3. Lehrgangstage eine Wanderfahrt ins Rallgebirge zum Felsenmeer und in die Höhlen des Sönnelals unternommen; dabei fand die von rund 200 Teilnehmern besuchte Tagung auf der germanischen Wallburg zu Wodum ihren Abschluß. — Als Vertreter der Arnberger Regierung begrüßte Regierungsrat Schlemmer die aus dem ganzen Regierungsbezirk herbeigekommenen Teilnehmer; Lehrer Schürmann schloß sich den Wünschen namens des Zweigausschusses Sauerland für Deutsche Jugendherbergen an. Einem Vortrage des Altenaer Lehrers Hermens folgten Vorträge von Fabrikant Münster, dem Geschäftsführer des Jugendherbergswerkes, über die Fortentwicklung im letzten Jahre. Gerade das Ursprungsland der Herbergen, das Sauerland bedarf wegen der Nähe des dichtbesiedelten Industriegebietes weit mehr Jugendherbergen als bisher.

Während deren Zahl in den letzten Jahren noch nicht um das Doppelte gestiegen ist, nahm die Zahl der Mächtigungen um das Siebenfache zu! Reich, Staat und Gemeinden müssen noch weit mehr für das ausschweifende Jugendwerk tun, denn können auch alle Schulen, wie dies schon die Stadt Duisburg tut, ihre Schüler und Schülerinnen unbesorgt um die Unterkunft in den Ferien auf die Wanderung schicken. Lehrer Bud, Hirschfeld berichtete über Fahrtenvorbereitung, Wanderaus- rüstung und Abkochen, Lehrer Schirmann über das Verhalten der Wanderscharen beim Rasten und Ein- fahren in Jugendherbergen. Dr. Hamerschmidt-Altena sprach vom ärztlichen Standpunkt über die günstige Nachwirkung von Wanderfahrten; eine Sanitätsübung wies Wege für etwaige Unglücksfälle unterwegs. Amtsgerichts- rat Schneider, Siegen fesselte durch wenig trockene Aus- führungen über dasjenige, was der Wanderer vom geltenden Recht wissen muß; Geschäftsführer des S. G. B. Schult-Neßthorn erläuterte an Hand von Lichtbildern das Kartenlesen und die Geländekunde. Ein Bühnen- stück auf der Freilichtbühne des Burghofes „Ein lustig Hergbergspiel“ mit anschließendem Reigen und Volks- liedern verschaffte am ersten Tage eine angenehme Ab- wechslung. Der andere Tag war ganz der Heimatkunde gewidmet. Indessen Lehrer Bradensiek, Herborn die Hörer durch seine Ausführungen über das Felsenmeer und das Hönnetal in geologischer und floristischer Be- ziehung in Bann zu schlagen wußte, konnte Lehrer Dietrich, Bärenstein mit seinen wohlgeordneten Aus- führungen über die Niederdeutsche Mundart und sauer- ländische Sprichwörter zuweilen nur mit Mühe die Lacher überlöhnen. Dr. Kentsfort, Spielwigge, ein Kenner auf dem Gebiete, wandelte dann „Auf den Spuren der ersten Industrie im Sauerland (Kreis Altena)“ und Landrat Dr. Thomée, Altena erzog sich wiederum durch seine herlichen Ausführungen die Zuneigung aller, besonders infolge seiner Führung durch die Burg und ihr Museum. Am Samstag nachmittage ließ dann noch Prof. Kuemmel, Barmen an Hand von prachtvollen Lichtbildern das Sachsen- und Frankenland im Sauer- lande vor dem geistigen Auge der Hörer erstehen. Ein vollendeter Genuß war allen dann noch Shakespeares „Hamlet“, das vom Wettergott ziemlich ungeführt, über die Freilichtbühne der Burg ging; unter der Wirkung dieses eindrucksvollen Bühnenstückes vermochten viele Teilnehmer nicht mehr der Kammermusik der Altenaer Musikergilde zu folgen. — Möchte allerorten das Be- dürfnis nach ähnlichen Führerlehrgängen wach werden, damit unsere Wälder und Berge nicht durch wilde und mit Sitten und Gewohnheiten der durchwanderten Gegend unvertraute Wanderhorden den ordentlich wandernden Jungen und Alten verleidet wird. Nun liegt es an den Teilnehmern, das Gehörte weiterzuver- breiten.

## Eingelad.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

### Zum Eingelad. des Herrn Kreimendahl.

Da es der Öffentlichkeit ziemlich gleichgültig sein kann, ob ein Herr Kreimendahl aus Ramscheid wegen Schulverschümmung seines Kindes bestraft worden ist oder nicht, schenke ich mir an dieser Stelle ein Eingehen auf das betr. Eingelad. Wenn der Herr sich zu Un- recht bestraft glaubt, mag er gerichtliche Entscheidung beantragen. Keinesfalls können mich derartige Zeitungs- notizen davon abhalten, auch weiterhin Schulverschümm- nisse pflichtgemäß zur Anzeige zu bringen.

Berges.

## Kleine Nachrichten.

Der Reichspräsident bleibt in Berlin.

DA Berlin. Reichspräsident Ebert wird nicht mehr nach Freudenstadt zurückkehren. Sein Gesundheitszustand hat sich erfreulichweise in den letzten Tagen nicht unwesentlich ge- bessert.

Präsident Calonder beim preussischen Ministerpräsidenten.

DA Berlin. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Präsident Calonder und die übrigen Mitglieder der Gemischten Kom- mission für Oberschlesien statten im Anschluß an den Empfang beim Reichskanzler dem preussischen Ministerpräsidenten einen Besuch ab. Mittwoch gibt Ministerpräsident Braun zu Ehren der Kommission ein Frühstück im kleinen Kreise, zu dem u. a. der Reichspräsident, der Reichskanzler und die preussischen Staatsminister geladen sind.

Deutsche Einheitskurzschrift.

Berlin. Der Ausschuss zur Ausarbeitung einer deutschen Einheitskurzschrift, der im Reichsministerium des Innern unter Leitung von Staatssekretär Schulz vom 11. bis 13. Juli tagte, hat den Entwurf einer Vorkurzschrift fertiggestellt und der Reichsregierung überreicht. Der Entwurf soll nunmehr der Öffentlichkeit übergeben und dann den beteiligten Reichsressorts und den Landesregierungen zur Entscheidung zugeleitet werden.

Kommunistischer Kreisschulrat in Thüringen.

Weimar. Der Führer der kommunistischen Landtagsfrak- tion, der 37 Jahre alte Volksschullehrer Tenner in Zund- hausen bei Gotha, ist von dem Minister für Volksbildung, Greil, zum kommunistischen Kreisschulrat des Schulaufsichts- bezirks Weimar II ernannt worden. Tenner ist der erste Kom- munist in den höheren Schulklassen des Landes Thüringen.

Aufgehobenes Zeitungsverbot.

Magdeburg. Die Magdeburgerische Zeitung war durch den Oberpräsidenten Hirsing auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Juni auf vierzehn Tage verboten worden. Das Verbot ist aufgehoben und die Zeitung erscheint wieder.

Deutsches Eigentum in Tsingtau.

Brüssel. Die japanische Regierung hat beschloffen, aus den unter Kontrolle stehenden deutschen Vermögens in Tsingtau außer der bereits erfolgten Freigabe von 10 000 Yen für jeden Liquidanten 20 Prozent des Restes, von den deutschen Vermögens in der Südssee, aus denen Zahlungen bisher noch nicht erfolgt waren, 10 000 Yen und 20 Prozent des Überschusses freizugeben.

Feldmarschall und Schnapsbändler.

DA London. Nach Blättermeldungen steht Feldmarschall Haig im Begriff sich wieder im Geschäftsleben zu betätigen. Er will seine alten Beziehungen zur Alkoholfabrikation wieder auf- nehmen, da er in früheren Jahren einer der Direktoren der weltberühmten Whisky-Firma John Haig u. Co. war.

Verhärzung der Streiklage in Amerika.

DA New York. Die Hoffnungen auf baldige Beilegung des Eisen- bahner- und Bergarbeiterstreiks schwinden trotz der Ankündi- gung des Präsidenten Harding, die Bahnlinien und Gruben beiseite und zwingungsweise betreiben zu lassen, immer mehr da- hin. Der Einmarsch von Bundesstruppen ist unmittelbar bevor- stehend, auch wird von der Regierung die Zwangsmobilisierung der Eisenbahner erwogen für den Fall, daß die Verhandlungen in Chicago nicht zum Ziele führen. Der Pessimismus über die Lage ist allgemein.

Gefährnisse des Pariser Attentäters.

Paris. Der Anarchist Boudet, der am 14. Juli auf den Kraftwagen des Polizeipräsidenten geschossen hat, gestand bei einem neuen Verhör, daß er den Polizeipräsidenten mit Poi- carcé verwechselt habe und außer Poincaré auch Millerand zu töten gedachte. Der Täter hatte eine ähnliche Äußerung un- mittelbar nach der Tat gemacht.

Die Katastrophe des Orientexpresszuges.

Bukarest. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß der Eisenbahnunfall bei Sinaia dadurch verursacht worden ist, daß die Brücke über die Prachova unter der Last von zwei Lokomotiven eingestürzt ist. Die Brücke war im Jahre 1917 durch die deutsche Armee errichtet und seitdem nicht renoviert worden. Der Eisenbahnverkehr zwischen Bukarest und Sinaia ist noch nicht wiederhergestellt.

Arabischer Widerstand gegen das englische Palästina-Mandat. DA Kairo. Der arabischer Widerstand gegen das englische Palästina-Mandat ist im Wachen begriffen, er hat jetzt auch andere Teile als die der palästinensischen Araber erfasst. So ist es dieser Tage in Mekka zu großen und heftigen Kundge- bungen gegen die englische Mandatsverwaltung gekommen.

## Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

(„Brief“ = angeboten. „Geld“ = gesucht.)

| Warenpläne           | 18. 7.   |         | 17. 7.   |         | Stand |
|----------------------|----------|---------|----------|---------|-------|
|                      | Geld     | Brief   | Geld     | Brief   |       |
| Holland 100 Gulb.    | 1822,85  | 1867,3  | 17503,05 | 17546,9 | 170   |
| Dänemark 100 Kron.   | 10287,10 | 10312,9 | 9777,85  | 9792,15 | 112   |
| Schweden 100 Kron.   | 1249,40  | 1248,0  | 1169,85  | 1171,9  | 112   |
| Norwegen 100 Kron.   | 799,30   | 8010,96 | 7603,80  | 7519,40 | 112   |
| Schweiz 100 Franc    | —        | —       | 8793,95  | 8816,05 | 72    |
| Amerika 1 Dollar     | 480,89   | 48,11   | 453,93   | 455,07  | 4,40  |
| England 1 Pf.        | 2134,80  | 2140,20 | 2009,95  | 2015,05 | 20,20 |
| Frankreich 100 Franc | 8995,00  | 4005,00 | 8793,25  | 8799,75 | 80    |
| Belgien 100 Franc    | 879,25   | 8804,75 | 8550,55  | 8559,45 | 80    |
| Italien 100 Lire     | 2197,25  | 2202,7  | 2032,40  | 2037,80 | 80    |
| D.-Osterr. 100 Kron. | 1,28     | 1,32    | 1,28     | 1,32    | 85    |
| Ungarn 100 Kron.     | 86,20    | 86,90   | 86,20    | 86,0    | 85    |
| Tschechien 100 Kron. | 1076,65  | 1079,85 | 1006,70  | 1009,80 | —     |

Berlin, 18. Juli. Polenmarkt an der heutigen Börse 10 Pf.

\* Berliner Produktentörse vom 18. Juli. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilo- gramm ab Station: Weizen, märkischer 1070—1100. Fest. Roggen, märkischer 810—825. Fest. Sommergerste 940—960. Fest. Hafer, märkischer 900—930. Fest. Mais ohne Pro- venienzangabe prompt 815—825 ab Hamburg. Fest. Weizen- mehl pro 100 Kilogramm 2850—3075. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Ruhig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm 2000 bis 2200. Ruhig. Weizenkleie 675—685. Fest. Roggenkleie 675—690. Fest. Naps 1650—1700. Fest. Weizen 1700 bis 1800. Fest. Erbsen, Viktoria 1200—1275. Kleine Speiserbsen 1025—1075. Futtererbsen 910—940. Pelnuschen 910—940. Ader- bohnen 910—940. Widen 825—875. Lupinen, blaue 640—660, gelbe 950—1000. Rapskuchen 700—750. Leinöl 1050—1100. Erdnussöl 610—620, vollwertige Zuderöl 680—740. Torfmehle 30-70 440—450 Mark. Raufutter. (Nicht- amtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: drabtegr. Roggen- und Weizenstroh 195—210, desgl. Hafer- stroh 195—210, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 180 bis 195, gebündeltes Roggenlangstroh 180—205, lofes und geb. Stummstroh 140—165, Sackel 240—270, handelsübl. Heu 320 bis 365, gutes Heu 365—410 Mark.

\* Hundertfacher Zeitungspapierpreis! Seit Beginn des Monats Juli ist der Papierpreis, der bis weit in die Kriegs- jahre hinein 20 Pfennig für das Kilo betrug, auf 2 Mark fest- gesetzt. Das macht für den Wagon statt früher 20 000 Mark jetzt 200 000 Mark. Für Monat August ist, dem Vernehmen nach, eine weitere außerordentliche Papierpreissteigerung ge- plant.

\* Der deutsche Arbeitsmarkt im Juli. Nach den Berichten der Landesarbeitsämter hat in der ersten Julihälfte die günstige Arbeitsmarktlage angehalten. In allen Landesteilen und Gewerben tritt der Mangel an gelerntem Facharbeitern von Woche zu Woche stärker hervor. Infolgedessen vollzieht sich ganz allgemein eine lebhaftere Abwanderung der Arbeitskräfte von der größeren zur kleineren Arbeit. Die Metall- und Ma- schinenindustrie, das Baugewerbe und andere Branchen ziehen vor allem Arbeitskräfte aus dem Bergbau und der Schwer- industrie an sich. Ein ungefähres Bild von der im vergangenen Monat eingetretenen Verminderung der Erwerbslosen ergibt sich aus der Tatsache, daß an 354 deutschen Plätzen (über 10 000 Einwohner) am 24. Juni nur noch 16 029 Volkserwerbslose unterstellt wurden gegen 19 108 am 10. Juni d. J. Die Aus- sichten für die weitere Gestaltung der Arbeitsmarktlage sind zu- nächst nicht ungünstig. Solange die Arbeiten im Freien an- dauern, wird eine stärkere Arbeitslosigkeit kaum zu erwarten sein.

\* Das Goldaufgeld auf die Zölle. Für die Zeit vom 19. bis einschließlich 25. Juli 1922 beträgt das Goldzollaufgeld 9400 Prozent.

\* Amerikanische Nahrungsmittel für Deutschland. Edward Morris, der Präsident der Morris-Transport-Gesellschaft in Chicago, hat die Verschiffung von über 10 Millionen Pfund Nahrungsmitteln nach Deutschland im Werte von 1 1/2 Mil- lionen Dollar genehmigt. Die erste Sendung von 55 Eisen- bahnwagen geht dieser Tage ab.

\* Devisenspekulation für Private in Rußland verboten. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat den Ankauf von fremden Valuten durch Privatpersonen verboten. Die Annahme von fremden Valuten durch Zahlung für Waren wird nur dann ge- stattet, wenn sie auf laufende Rechnung bei der Staatsbank erfolgt werden.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

  
Heute früh entschlief sanft unser  
innigstgeliebtes Söhnchen  
**Werner**  
im zarten Alter von 1 Jahr und 2  
Monaten.  
In tiefem Schmerz:  
**Willy Cramer und Frau**  
Eise geb. Hager.  
Ehringhausen, den 19. Juli 1922.  
Die Beerdigung findet Samstag, den  
22. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr vom Sterbehause  
aus statt.

Bei dem  
**Auto-Unfall**  
am 11. Juli in Dedinghausen kam mir meine  
**goldene Uhr nebst Kette abhanden.**  
Ich sehe  
**3000.— Mark Belohnung**  
aus für die Herbeischaffung der Uhr oder für die Nam-  
haftmachung des Diebes (ohne Rechtsverbindlichkeit).  
Diskretion zugesichert. Die goldene Uhr hat 3 Deckel  
(Klappdeckel) grau zifferiertes Zifferblatt mit Stahlzeigern,  
Fabrikat: Movado, Fabriknummer: 709 186, 14 Kar.  
Gold. Die Kette hat Chatelaine Form; sie besteht aus  
mehreren größeren Gliedern in Kettenform. Die  
Verloren hat einen Halbedelstein feurig rot gesprenkelt,  
in die ein Monogramm nicht eingraviert ist. Sie be-  
steht aus schwerem Dubler, Silbermasse mit Gold im  
Feuer überzogen.  
**Direktor Max Heimbach,**  
Düsseldorf, Grabenstraße 14/16.

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)  
**PIANOS**  
mit Klangsteg  
D. R. G. M. 458 403  
Flügel, Harmoniums und  
Kunstspiel-Instrumente  
unübertroffen an Qualität  
und Preiswürdigkeit  
**Roth & Junius**  
Hof-Piano- und Flügel-Fabrik  
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.  
**Familien-Nachrichten**  
finden in Freundes- und Be-  
kaanntkreisen die schnellste  
Verbreitung durch eine  
Anzeige in dieser  
Zeitung.

Stelle noch mehrere geübte  
**Montiererrinnen**  
ein.  
**F. Engel,**  
Elektrotechn. Fabrik,  
Schalksmühle.  
Mehrere  
**Mädchen und  
Knaben**  
für leichte Akkordarbeit so-  
fort gesucht  
**Otto Eichhoff, Brügge**  
Schrauben- u. Drahtwaren-  
Fabrik.  
Fast neuer  
**Eichen-Ausziehtisch**  
Blattgröße 130x90 Cm  
nicht ausgezogen, zu ver-  
kaufen  
Wo sagt die Geschäftsst.  
des Allg. Anz., Halver.

**Anzeigen aller Art**  
Familien-Nachrichten, Stellengesuche  
und -Angebote, Kauf- u. Verkauf-  
anzeigen usw.  
in auswärtigen Zeitungen  
besorgt ohne Preisauflage die  
Geschäftsstelle des  
**Allgemeinen Anzeigers,**  
Halver.

**Bederwaren**  
Damenhandtäschchen  
Besuchstäschchen  
Aktenmappen  
Briefstaschen  
Geldscheintaschen  
Portemonnaies  
kaufen Sie noch preiswert!  
**Wilh. Bell jr., Halver.**

**Geschäftsbücher**  
liefert und stellt her  
**Wilh. Bell jr., Halver**  
Buchdruckerei u. Buchbinderei.  
Mehrere  
**jugendliche  
Arbeiter**  
für sofort gesucht  
**Gebr. Fretlich & Co.,**  
Kierspe-Bahnhof.  
**Frachtbriele**  
nach neuester amtlicher  
Vorschrift liefert  
Buchdruckerei  
**Wilhelm Bell jr.,**  
Halver.

Zahle für lange  
**Weinflaschen**  
4.— Mark  
alle andern Flaschen höchste  
Preise  
**Friedr. Ernst Häusler,**  
Kierspe-Bhf.  
Freitag, den 21. d. Wts.  
erhalte ich eine Auswahl  
**Rühe.**  
**Hugo Kerspe, Halver.**  
Telefon 52.